

Hans D. Barbier

Warum nicht mal ein Liberaler als Währungsminister?

In der Bedeutung der politischen Ämter spiegeln sich die Probleme der Zeit. Während der frühen Jahre der Bundesrepublik stand der Wohnungsbauminister in der Skala des Ansehens und der Nutzenbewertung mit an der Spitze der Kabinette. Unzählige Wohnungen waren im Krieg zerstört worden, die Beschaffung neuen Wohnraums galt als eine der als vorrangig zu erledigenden Aufgaben, der Wohnungsbauminister wurde zum Symbol des Wiederaufstiegs aus Ruinen.

Über die Zeit haben sich die Gewichte verändert. Die Risiken für die Kontinuität des Wohlstands haben sich verschoben. Entsprechend haben sich die Werte der politischen Arbeit im Urteil der Bevölkerung verändert. Das Risiko für eine möglichst ungebrochene Sicherung des Wohlstands liegt heute nicht in der Ergiebigkeit des Wohnungsbaus. Es ist auch nicht die im herkömmlichen Sinne der Verteilungstheorie zu messende „soziale Lage der Arbeiterschaft“. Es ist der im Wesentlichen politisch zu erklärende Angriff auf die Stabilität des Euro. Hier gilt seit der Gründung der Währungsunion der gar nicht so erklärungs-

arme Kalauer: „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint“. Was die politischen Beratungs- und Entscheidungszirkel sich auf höchster Ebene einfallen lassen, dient der Stabilität des Euro und der Euro-Zone nicht. Der Euro braucht – in den nationalen Kabinetten beginnend und in den Kungelzirkeln Europas noch nicht endend – im politischen Sinne sprachmächtige und im ökonomischen Sinne wirkmächtige Advokaten des Respekts vor den einst beschlossenen Regeln für die Sicherung seiner Stabilität.

Der Währungsminister braucht keinen großen Etat. Er braucht aber – geschützt durch seinen Status in den nationalen Kabinetten und in den Entscheidungsgremien der Europäischen Union – die Freiheit der nichtverschleiernenden Rede. Da wäre so manches aus dem Korb der monetären, der fiskalischen, der realwirtschaftlichen und nicht am Ende auch der sozialen Probleme zu berichten, die der Euro deshalb schafft, weil die Politiker ihn zum Risikofaktor für Stabilität und realen Wohlstand in Europa gemacht haben. So sollte in den Kabinetten wenigstens einer – oder eine – sein, der oder die nur eine Aufgabe hat: nicht von „außen“, sondern von „innen“ die Gefahren zu benennen, die dem Euro nicht von der Unberechenbarkeit der Märkte, sondern von der Berechenbarkeit der Politik drohen.

Dr. Hans D. Barbier,

Chefredakteur und geschäftsführender Herausgeber von „liberal“.
